

MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

Situation und Herausforderungen im 21. Jahrhundert

Eine Dokumentation der ROLAND BERGER STIFTUNG

München, im März 2009

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Meinungs- und Pressefreiheit im 21. Jahrhundert	5
> Der "Kampf der Minderen gegen die Mächtigen" in Zahlen	7
> Übersicht: Rankings zur Pressefreiheit	12
3. Maßnahmen zum weltweiten Schutz von Meinungs- und Pressefreiheit	15
4. Empfehlungen zur weltweiten Stärkung der Pressefreiheit	17
Quellenverzeichnis und weiterführende Links	18

1. Einleitung

"Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten."

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, Artikel 19

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, Artikel 5 Absatz 1

Die **Meinungsfreiheit** ist ein konstituierendes Merkmal einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das Bundesverfassungsgericht unterstreicht dies mit der Feststellung, dass "der geistige Kampf der Meinungen" gewährleistet sein muss – auch und insbesondere von Minderheitsmeinungen.¹⁾

Die **Pressefreiheit** dient der freien Verbreitung und dem **Austausch von Informationen und Meinungen**. In den heute global vernetzten Mediendemokratien informieren die Printmedien gemeinsam mit weiteren Medien wie Rundfunk, Film und Internet den Bürger über das Geschehen in Staat und Gesellschaft; so ermöglichen und fördern sie die Meinungsbildung als Voraussetzung für bürgerliches Engagement. Durch unabhängige Berichterstattung übernehmen Medien ein "Wächteramt", indem sie die drei Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative beobachten und gegebenenfalls kritisieren: "Wo Medien nicht über Unrecht, Machtmissbrauch oder Korruption berichten können, findet auch keine öffentliche Kontrolle statt", beschreibt die Organisation Reporter ohne Grenzen diese **Kontrollfunktion** der Medien als "vierte Gewalt" im Staate. In einem Grußwort zum Tag der Pressefreiheit 2008 betont UN-Generalsekretär Ban Ki-moon: "A free, secure and independent media is one of the foundations of peace and democracy".

Im Rahmen dieser meinungsbildenden und kontrollierenden Funktion spielen **moderne Kommunikationstechnologien** eine immer stärkere Rolle. Mit der Ausbreitung der Online-Medien entsteht eine "Globalisierung der Medienkommunikation": Das Internet ermöglicht weltweit eine umfassende, tagesaktuelle Information über das Geschehen – auch und insbesondere über Bedrohungen und Verletzungen von Menschenwürde und Menschenrechten.

Die Kommunikationsmittel des 21. Jahrhunderts schaffen dabei auch neue Formen der Verbreitung von Informationen und Meinungen jenseits des klassischen Journalismus: Amateurjournalisten bzw. so genannte Bürgerjournalisten ergänzen den Informationsfluss der herkömmlichen Medien. Bürgerrechtler informieren in Blogs über (Un)Freiheiten in ihrem Land. Ungerechtfertigte, oftmals tätliche Angriffe auf die Meinungsfreiheit werden mit Handykameras in Bild und Ton festgehalten und anschließend verbreitet.²⁾

1) BVerfGE BLinkfuer, 1969

2) Anmerkung zur sprachlichen Gleichbehandlung: Soweit in dieser Dokumentation auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich in gleicher Weise auf Frauen und Männer

Trotz des Fortschritts der Kommunikationstechnologie haben nach einer Studie des US-amerikanischen Forschungsinstituts Freedom House im Jahre 2008 mehr als 80 Prozent der Weltbevölkerung keinen oder nur bedingt Zugang zu freier Presse. In fast zwei Dritteln aller Staaten wird die Pressefreiheit nicht gemäß Artikel 19 der UN Menschenrechtsdeklaration respektiert.

Die Bedrohungen, denen die Pressefreiheit heute ausgesetzt ist, sind vielfältiger und komplexer als noch in den Jahren vor der Öffnung des Eisernen Vorhangs. **Die alten Feindbilder haben sich verändert.** Die Gegner und Unterdrücker der Pressefreiheit sind nicht allein undemokratische, autoritäre bzw. totalitäre Regime. Die Pressefreiheit wird auch von Terrorgruppen, der organisierten Kriminalität, Fundamentalisten jedweder Ideologie und von separatistischen Bewegungen attackiert. Allen gemeinsam ist der Versuch, die Verbreitung von Informationen zu unterbinden bzw. zu kontrollieren und auf diese Weise die Meinungsbildung zu beeinflussen.

Das erste Ziel dieser Angriffe auf die Pressefreiheit ist der Journalist, der Reporter vor Ort. Durch Recherche und Verbreitung von Fakten macht dieser auf Ereignisse aufmerksam und kann eine Öffentlichkeit herstellen, deren Druck hilft, (staatliche) Unterdrückung und Erniedrigung zu beenden. Dabei setzt er sich nicht selten erheblichen Gefahren aus.

Viele Journalisten haben die Ausübung ihres Berufes mit dem Leben bezahlt: Die Zahl der **in den vergangenen zehn Jahren getöteten Journalisten und Medienangestellten schwankt zwischen 454 und 767**, je nach Erhebungsmethode. Zusätzlich werden jedes Jahr tausende Journalisten verhaftet, entführt, physisch bedroht oder müssen ins Exil gehen.

Die ROLAND BERGER STIFTUNG hat zum Stiftungszweck, sich weltweit für Menschenwürde und Menschenrechte, ihre Achtung, ihren Schutz und ihre Verwirklichung zu engagieren. Die vorliegende Dokumentation dient als Diskussionsbeitrag zur Situation der weltweiten Pressefreiheit. Sie ist zugleich Appell an die gesellschaftspolitischen Entscheidungsträger, die Pressefreiheit und ihre Akteure sowie deren Angehörige zu schützen, ohne dabei notwendige Aspekte der öffentlichen Sicherheit zu vernachlässigen.

2. Meinungs- und Pressefreiheit im 21. Jahrhundert

Die **Meinungsfreiheit** ist das (Grund-)Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Im weiteren Sinne umfasst sie auch

- > den freien Zugang zu **Informationen**, also das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten, sowie
- > die Freiheit von **Presse, Rundfunk und Film sowie digitalen Medien und Internet**.

Die **Medien** fungieren dabei als **Übertragungsmittel für Informationen, auf deren Basis sich Leser, Hörer und Zuschauer eine eigene Meinung bilden können**. Die Pressefreiheit besteht folglich nicht um ihrer selbst willen. Sie ist vielmehr – mit den Worten der ehemaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach – eine "dienende Freiheit" und Voraussetzung für eine freie und umfassende Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften. Die Medien erfüllen hierbei eine Doppelfunktion: Sie berichten in einer Brückenfunktion zwischen Staat und Bürger über das politische Geschehen. Und sie kontrollieren die Inhaber der Staatsgewalt durch kritische Recherche und Berichte. Die traditionellen Medien wie Zeitungen, Zeitschriften, Bücher sowie Hörfunk und Fernsehen werden hierbei ergänzt durch digitale und internetbasierte Medien:

- > Blogs, d.h. allgemein zugängliche Tage-/Logbücher einzelner Internetnutzer
- > Wikis, d.h. Webseiten, auf denen jeder Besucher Informationen einstellen kann (z.B. Wikipedia)
- > Soziale Netzwerke im Internet, die als Plattformen für einen Informations- und Meinungsaustausch dienen (z.B. Facebook oder Twitter)

Diese technischen Neuerungen haben die Medienlandschaft und die Art und Weise der Beschaffung und Verbreitung von Informationen verändert. Der Fortschritt der Kommunikationstechnologie hat die Schutzräume der Pressefreiheit verändert und teilweise neue Freiräume geschaffen.

Zensur war seit jeher ein Instrument der Herrschenden, die Medienberichterstattung zu lenken, zu beschränken oder ganz zu unterbinden. Dieses Spannungsverhältnis beschreibt bereits Johann Wolfgang von Goethe in seinem Roman "Wilhelm Meisters Wanderjahre" von 1829 mit den Worten *"Zensur und Preßfreiheit werden immerfort miteinander kämpfen. Zensur fordert und übt der Mächtige, Preßfreiheit verlangt der Mindere"*.

Philipp Jakob Siebenpfeiffer (1789-1845)

Als einer der führenden Köpfe der bürgerlich-liberalen Opposition kämpfte Philipp Jakob Siebenpfeiffer mit journalistischen Mitteln für Freiheit und Demokratie. Als Herausgeber der Zeitschrift "Rheinbayern" und Autor zahlreicher Artikel prangerte er die gesellschaftlichen und politischen Missstände an.

Gegen alle Widerstände veröffentlichte Siebenpfeiffer seit der Julirevolution im Jahr 1830 zahlreiche Beiträge in Zeitungen; dabei zieht sich die kompromisslose Forderung nach "Preßfreiheit" wie ein roter Faden durch seine Werke. Als einer der Initiatoren und Hauptredner des "Hambacher Festes" wurde Siebenpfeiffer im Jahr 1832 festgenommen. Nach einem unerwarteten Freispruch wurde er in einem Folgeprozess wegen "Beamtenbeleidigung" zu zwei Jahren Haft verurteilt, konnte jedoch im November 1833 in die Schweiz fliehen. Dort erhielt er eine Anstellung an der Universität Bern als außerordentlicher Professor für Straf- und Staatsrecht.

Im Gedenken an Siebenpfeiffers Rolle als journalistischer Vorkämpfer für Pressefreiheit vergibt die Siebenpfeiffer-Stiftung seit 1987 den Siebenpfeiffer-Preis an engagierte Journalisten.

Heute umfasst die Zensur auch die internetbasierten Medien: Sie reicht von der Beschränkung des Internetzugangs in Kuba über die systematische Filterung von Inhalten in China bis hin zur "Abschaltung" des Internets per Regierungsanweisung in Burma während der Proteste 2007 (Quelle: Open Net Initiative).

Auch in Ländern mit einer vergleichsweise guten Situation in Bezug auf die Pressefreiheit weisen mahnende Stimmen auf die Gefahr einer "**sanften Zensur**" hin: Diese reicht von politischer Einflussnahme auf die Programmgestaltung in öffentlich-rechtlichen Sendern bis hin zur Rücksichtnahme auf Anzeigenkunden aus wirtschaftlichen Gründen. Auch die Beteiligung von Finanzinvestoren an Medienhäusern beinhaltet oft einen Interessenkonflikt zwischen wirtschaftsstrategischen Überlegungen und unvoreingenommener Berichterstattung. Der Trend zum renditegetriebenen Quantitätsjournalismus birgt die Gefahr eines Qualitätsverlustes.

Aufgabe von Journalisten ist eine unabhängige Berichterstattung, wobei der **Reporter** aktuell und vor Ort berichtet. Im Zuge der Ausdifferenzierung neuer Medien treten neben den klassischen Reporter zunehmend auch der **Amateurreporter**, der **Blogger** und der sogenannte "**citizen journalist**", ein Bürger, der aufgrund seiner Nähe zum Ereignis und mit Hilfe moderner Kommunikationsmedien journalistisch tätig wird.

Die neuen technischen Möglichkeiten werden jedoch auch vielfach missbraucht: Die im Internet verbreiteten Videobotschaften, beispielsweise von Osama bin Laden, zeigen, wie Terroristen (neue) Medien für ihre Zwecke nutzen.

Insbesondere das letztgenannte Beispiel zeigt, wie schwierig das Spannungsverhältnis zwischen den notwendigen Freiräumen für Meinung und Medien auf der einen und dem Schutz der öffentlichen Sicherheit auf der anderen Seite ist. Bei Beschränkungen muss daher jedes Mal eine detaillierte Güterabwägung zwischen "Freiheit" und "Sicherheit" erfolgen.

Der "Kampf der Minderen gegen die Mächtigen" in Zahlen

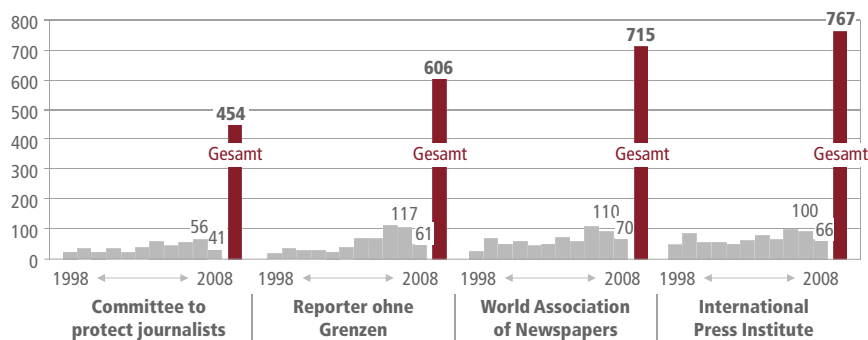
Das Ringen um eine freie Presse, von Goethe beschrieben als "Kampf der Minderen gegen die Mächtigen", dokumentieren Organisationen wie das International Press Institute (IPI), das Committee to Protect Journalists (CPJ), die World Association of Newspapers (WAN) oder Reporter ohne Grenzen (ROG) in zahlreichen Jahresberichten und Studien. Die hieraus entnommenen und nachfolgend aufbereiteten Statistiken verdeutlichen das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen an Journalisten und Medienmitarbeitern, die

- > getötet,
- > verhaftet,
- > entführt,
- > physisch angegriffen / bedroht werden,
- > ins Exil gehen müssen oder
- > deren Medien der Zensur unterliegen.

Getötete Journalisten

Die Zahl der zwischen 1998 und 2008 getöteten Journalisten und Medienangestellten wird, je nach Quelle, mit 454 bis 767 angegeben.³⁾ Die Zahl der jährlich getöteten Journalisten hat sich in diesen zehn Jahren um 25 Prozent bzw. bis zu 69 Prozent erhöht

Abbildung 1: Getötete Journalisten in den Jahren 1998-2008



Quelle: CPJ, ROG, WAN, IPI

3) Die statistischen Unterschiede sind den unterschiedlichen Erhebungsweisen der jeweiligen Organisation geschuldet:
CPJ erfasst Journalisten und Vertreter anderer Medienberufe, zum Beispiel Fotografen und Kameraleute, wenn sie aufgrund ihrer Arbeit als Journalisten getötet wurden. Sie kamen entweder bei ihrem journalistischen Einsatz ums Leben oder wurden wegen ihrer Berichterstattung bzw. ihrer Zugehörigkeit zu einem Sender, einer Agentur etc. ermordet.
ROG erfasst getötete Journalisten und Medienangestellte, bei denen eine Verbindung zwischen dem Todesfall und der Arbeit des Opfers eindeutig nachgewiesen wurde oder der Zusammenhang sehr wahrscheinlich ist.
WAN erfasst Journalisten und andere Medienangestellte (weitere Informationen nicht verfügbar)
IPI erfasst Journalisten und Medienangestellte (weitere Informationen nicht verfügbar)

Eine Detailanalyse ergibt, dass die **Zahl der getöteten Journalisten in Krisen- und Kriegsgebieten besonders hoch ist**, beispielsweise im Irak, in Somalia, Pakistan und in Afghanistan. Darin liegt ein wesentlicher Grund für den Rückgang der gewaltsamen Todesfälle: Im Irak ist zwischen 2007 und 2008 die Zahl der getöteten Journalisten nach übereinstimmenden Angaben der zitierten Organisationen stark gesunken.

Christian Liebig

Zu den im Irak getöteten Journalisten gehört der deutsche Focus-Korrespondent Christian Liebig, der am 7. April 2003 bei einem Raketenangriff in der Nähe von Bagdad ums Leben kam. Seine Familie und Freunde gründeten bereits 2003 die Christian-Liebig-Stiftung e.V. Getragen von Christian Liebigs Vision, dass Worte stärker sein können als Waffen, unterstützt die Stiftung Bildung für Kinder in Afrika. Mitglieder des Stiftungskuratoriums sind, neben Familienangehörigen, der Verleger Prof. Dr. Hubert Burda, Focus-Chefredakteur Helmut Markwort und Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul.

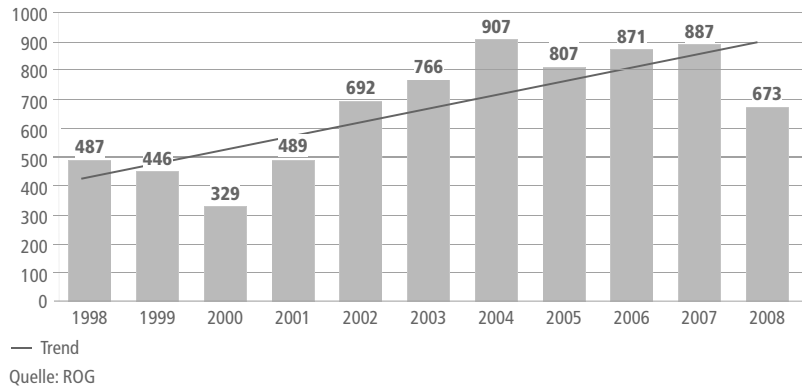
Egon Scotland

Am 26. Juli 1991 wurde Egon Scotland, Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, in der Nähe von Glina in Kroatien von serbischen Scharfschützen erschossen. Der Tod des 42-jährigen Journalisten war Anlass für etwa 50 deutsche Journalistinnen und Journalisten, 1994 die deutsche Sektion von Reporter ohne Grenzen zu gründen. Seine Witwe, die Journalistin Christiane Schlötzer, gründete 1993 den Verein Journalisten helfen Journalisten e.V. Dieser unterstützt in Not geratene Journalisten aus Kriegs- und Krisengebieten und ihre Angehörigen, zum Beispiel durch Hilfe zum Lebensunterhalt oder bei der Wiederbeschaffung zerstörter Arbeitsmittel wie Computer, Schreibmaschinen oder Fotoausrüstungen.

Die World Association of Newspapers (WAN) weist darauf hin, dass auch Auftragsmorde eine Ursache für den gewaltsamen Tod von Journalisten sind. Vor allem investigativ recherchierende Journalisten finden sich auf Todeslisten des organisierten Verbrechens, da ihre unabhängige und kritische Berichterstattung dessen Machtansprüchen und Interessen, etwa beim Drogenhandel, zuwiderläuft. Nach Angaben von WAN wurden z.B. allein in Mexiko im Jahr 2008 fünf Journalisten getötet.

Verhaftete Journalisten

Abbildung 2: Verhaftungen von Journalisten in den Jahren 1998-2008

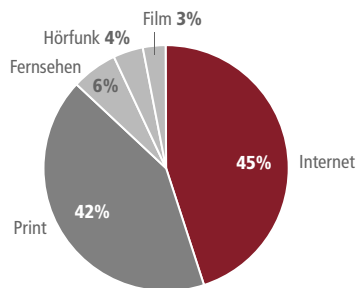


Trotz eines Rückgangs im Jahr 2008 – wiederum vor allem bedingt durch die verbesserte Situation im Irak – hat die Zahl der **verhafteten** Journalisten zwischen 1998 und 2008 um rund 28 Prozent zugenommen. Nach Aussagen von ROG sind nach wie vor "China und Kuba die größten Gefängnisse für Journalisten".⁴⁾

Ricardo Gonzáles Alfonso

Der seit 2003 inhaftierte Kubaner Ricardo Gonzáles Alfonso wurde von Reporter ohne Grenzen als "Journalist des Jahres 2008" für seinen außergewöhnlichen Mut im Kampf um das Recht auf Meinungsfreiheit ausgezeichnet. Gonzales, Gründer einer der ersten unabhängigen Zeitungen Kubas, hatte sich für demokratische Veränderungen eingesetzt und wurde zusammen mit 26 Berufskollegen am 26. März 2003 festgenommen. Man beschuldigte ihn, als "bezahlter Agent der USA die Unabhängigkeit und Integrität Kubas zu untergraben". Gonzáles wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, die er seit 2004 in Havanna absitzt. Der Gesundheitszustand des 58-Jährigen wird als sehr kritisch bezeichnet.

Abbildung 3: Inhaftierte Journalisten nach Zugehörigkeit zu Mediengattungen



Quelle: CPJ, 2008

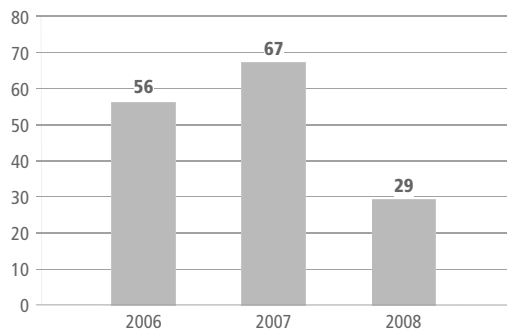
4) ROG: China – Annual report 2008, Cuba – Annual Report 2008

Auffällig bei der Anzahl inhaftierter Journalisten ist der von CPJ im Jahr 2008 erfasste, weltweit hohe Anteil im Bereich neuer bzw. Internet-Medien. Er übersteigt mit 45 Prozent sogar den Anteil der inhaftierten Journalisten aus den Printmedien (42 Prozent).

Entführte Journalisten

Für die bei Ausübung ihrer Arbeit **entführten** Journalisten liegen lediglich Zahlen für die Jahre 2006 bis 2008 vor.

Abbildung 4: Entführungen von Journalisten (2006-2008)



Quelle: ROG

Entführte Journalisten werden auch oft von ihren Geiselnehmern ermordet, im schlimmsten Fall öffentlich: So sorgte 2002 die Exekution des US-amerikanischen Reporters Daniel Pearl weltweit für Abscheu und Empörung.

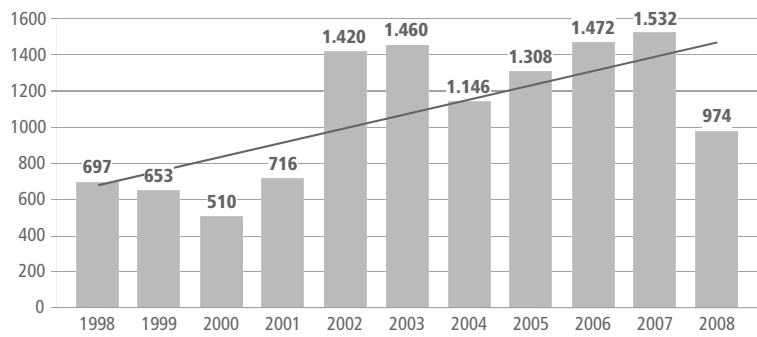
Daniel Pearl

Bei seinem Versuch, Kontakt zu islamischen Extremisten aufzunehmen, wurde der Journalist Daniel Pearl 2002 in Pakistan entführt. Der Reporter des Wall Street Journal wurde enthauptet, nachdem ihn die Gruppe "Nationale Bewegung für die Wiederherstellung der pakistanischen Souveränität" einen Monat lang gefangen gehalten hatte. Die Bilder seiner Ermordung wurden im Internet veröffentlicht, sodass die Öffentlichkeit weltweit Anteil an Pearls Schicksal nahm. Besonders in den USA hat die Ermordung des Reporters Abscheu und Empörung hervorgerufen. Daniel Pearls Witwe, die Journalistin Mariane Pearl, gründete gemeinsam mit Familie und Freunden – darunter Bill Clinton – die Daniel Pearl Foundation. Ihr Ziel ist die Förderung journalistischer Initiativen sowie des Dialogs und der Kommunikation durch Musik. Mit der Gründung dieser Stiftung will Mariane Pearl ein Zeichen setzen: "Sie wollen Hoffnung zerstören, ich werde sie bewahren. Sie wollen Vertrauen töten, ich werde meine Hand zu anderen ausstrecken. Sie wollen Schweigen, ich werde sprechen. Sie wollen die Freude in mir abtöten, deshalb werde ich wieder lachen. Sie wollen mich paralisieren, ich werde handeln."

Physische Bedrohungen und Angriffe gegen Journalisten

Zu den häufigsten Übergriffen gegen Journalisten gehören Einschüchterungen und Drohungen bis hin zu **physischen Angriffen**. Hierzu liegen Zahlen von ROG vor, die für 2007 und 2008 erstmalig auch Angriffe auf Blogger und "Cyber Dissidents" umfassen.

Abbildung 5: Gewalt und Drohungen gegen Journalisten (1998-2008)



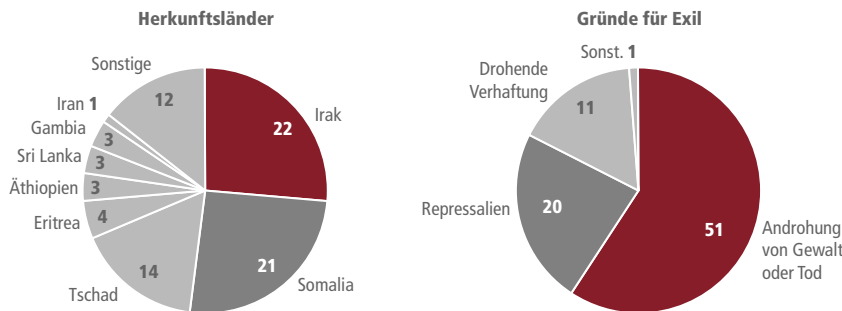
— Trend

Quelle: ROG

Ins Exil getriebene Journalisten

Die bisher genannten Bedrohungen von Journalisten durch Haft, Gewalt und sogar Ermordung treiben zahlreiche Betroffene ins **Exil**. CPJ hat zwischen Juni 2007 und Juni 2008 83 Journalisten erfasst, die angesichts der zunehmenden Bedrohung ihr Heimatland verlassen mussten.

Abbildung 6: Journalisten, die zwischen Juni 2007 und Juni 2008 ins Exil gehen mussten



Quelle: CPJ, 2008

Zensur von Medien

Neben den Journalisten unterliegen auch die Medienbetreiber Einschüchterungen, Bedrohungen und Restriktionen.

Neben der nach wie vor bestehenden Zensur traditioneller Medien verstärken viele Staaten ihre repressiven Maßnahmen gegen die Berichterstattung im Internet. Die Entwicklung der Zensur bei Online-Medien wird von ROG erst seit 2006 statistisch erfasst. Die Open Net Initiative konstatiert grundsätzlich **eine weltweite Zunahme der Zensur im Internet. Laut ROG haben Behörden 2008 erstmals mehr Blogs und Onlinemedien geschlossen als klassische Medien.** Zu den Zensur-Praktiken im Internet gehören das Sperren von Seiten, etwa von Menschenrechtsorganisationen oder ausländischen Nachrichtenagenturen, oder der Einsatz von Filter-Software, die unerwünschte Begriffe identifiziert und entsprechende Inhalte entfernt.

Informationen von ROG zufolge kontrollieren in China fast 40.000 staatliche Mitarbeiter tagtäglich Online-Inhalte. In Saudi-Arabien sind Netzwerk-Seiten wie "My Space" nicht komplett zugänglich. Die OpenNet Initiative zitiert 2008 die Webseite "Roos" mit der Angabe, dass im Iran im Jahr 2008 rund fünf Millionen Webseiten gesperrt wurden.

Zudem entdecken auch undemokratische Regierungen die Macht neuer Medien, z.B. im Wahlkampf. Verstärkt engagieren sie sich als Meinungsmacher im Internet, auch in sozialen Netzwerken. Auf Netzwerk-Seiten wie "Facebook" oder "Twitter" lancieren die Behörden ihre eigenen Ansichten, um die Meinungsbildung zu beeinflussen – ein Vorgehen, das ROG als "partizipative Zensur" bezeichnet.

Übersicht: Rankings zur Pressefreiheit

Eine Studie des US-amerikanischen Forschungsinstituts Freedom House zeigt, dass mehr als 80 Prozent der Weltbevölkerung keinen oder nur bedingt Zugang zu freier Presse haben. In fast zwei Dritteln aller Staaten wird die Pressefreiheit nicht gemäß Artikel 19 der UN Menschenrechtsdeklaration respektiert.

Abbildung 7: Übersicht Pressefreiheit weltweit

Status Pressefreiheit	Bevölkerung [Mrd./ % der Weltbevölkerung]	Zahl der Länder [absolut/prozentual]
Frei	1,18 (18%)	72 (37%)
Bedingt frei	2,67 (40%)	59 (30%)
Unfrei	2,77 (42%)	64 (33%)
Insgesamt	6,62 (100%)	195 (100%)

Quelle: Freedom House, 2008

Die Organisationen Reporter ohne Grenzen und Freedom House erstellen jährlich detaillierte Länder-Rankings zum Stand der Pressefreiheit. Das Ranking der ROG berücksichtigt 173 Länder, die Liste von Freedom House erfasst 191 Länder.⁵⁾

"When press freedom is in retreat it is an ominous sign that restrictions on other freedoms may soon follow." (Jennifer Windsor, executive director of Freedom House)

Abbildung 8: Rankings zur Pressefreiheit

Reporter ohne Grenzen				Freedom House			
Land	2006	2007	2008	Land	2006	2007	2008
Island	1	1	1	Finnland	1	1	1
Luxemburg	n.a.	n.a.	1	Island	1	1	1
Norwegen	6	1	1	Dänemark	3	3	3
Estland	6	3	4	Norwegen	3	3	3
Finnland	1	5	4	Belgien	6	3	5
Irland	1	8	4	Schweden	3	3	5
Belgien	14	5	7	Luxemburg	6	7	7
Lettland	10	12	7	Andorra	12	9	8
Neuseeland	19	15	7	Niederlande	6	9	8
Slowakei	8	3	7	Neuseeland	10	9	8
:	:	:	:	:	:	:	:
Deutschland	23	20	20	Deutschland	17	16	16
:	:	:	:	:	:	:	:
Mexiko	132	136	140	Pakistan	128	139	144
Russland	147	144	141	Vereinigte Arab. Emirates	141	150	151
Ägypten	133	146	146	Irak	157	158	153
Demokratische Republik Kongo	142	133	148	Kirgisistan	137	147	156
Israel (außerhalb Israels)	135	103	149	Afghanistan	153	154	157
Aserbaidschan	135	139	150	Aserbaidschan	161	164	168
Zimbabwe	140	149	151	Kasachstan	165	166	170
Pakistan	157	152	152	Russland	158	164	170
Somalia	144	159	153	Sudan	182	176	170
Weißrussland	151	151	154	Saudi-Arabien	172	178	175
Afghanistan	130	142	156	Syrien	180	179	179
Irak	154	157	158	China	177	181	181
Syrien	153	154	159	Palästinensische Gebiete	184	181	181
Libyen	152	155	160	Ruanda	182	181	181
Saudi-Arabien	161	148	161	Somalia	177	185	181
Usbekistan	158	160	162	Iran	180	181	185
Palästinensische Gebiete	134	158	163	Zimbabwe	187	186	186
Iran	162	166	166	Weißrussland	185	186	188
China	163	163	167	Usbekistan	187	189	189
Kuba	165	165	169	Kuba	190	191	190
Burma	164	164	170	Libyen	190	191	190
Turkmenistan	167	167	171	Turkmenistan	190	191	193
Nordkorea	168	168	172	Burma	190	191	194
Eritrea	166	169	173	Nordkorea	194	195	195

Quelle: ROG; Freedom House, 2006-2008

In beiden Rankings finden sich unter den **Top 10** insgesamt **neun europäische Staaten**, darunter die **Benelux-** und zahlreiche **skandinavische Länder**, sowie **Neuseeland**.

Deutschland liegt im Jahr 2008 auf Platz 20 (ROG) bzw. auf Platz 16 (Freedom House).

In den im unteren Viertel der Rankings aufgeführten Staaten ist die Pressefreiheit stark eingeschränkt.

5) Informationen zu Kriterien für die Erstellung der Rankings unter www.rsf.org bzw. www.freedomhouse.org

Die Analyse nach Länderregionen/Kontinenten zeigt, dass der Anteil der Staaten mit Zugang zu freier Presse in Westeuropa mit 96 Prozent den höchsten Wert erreicht. Hingegen ist Zugang zu freier Presse in der Region Naher und Mittlerer Osten/ Nordafrika zu 95 Prozent nur bedingt oder gar nicht gegeben.

Abbildung 9: Pressefreiheit nach Länderregionen/Kontinenten

Region	Zugang zu freier Presse	Bedingt Zugang zu freier Presse	Kein Zugang zu freier Presse	Anzahl der Länder
Nord- und Südamerika	16 (46%)	17 (48%)	2 (6%)	35
Asien-Pazifik	16 (40%)	10 (25%)	14 (35%)	40
MOE/ehem. Sowjetrepubliken	8 (28%)	10 (36%)	10 (36%)	28
Naher/Mittl. Osten/Nordafrika	1 (5%)	3 (16%)	15 (79%)	19
Afrika (südlich der Sahara)	7 (15%)	18 (37%)	23 (48%)	48
Westeuropa	24 (96%)	1 (4%)	0 (0%)	25
Insgesamt	72 (37%)	59 (30%)	64 (33%)	195

Quelle: Freedom House, 2008

3. Maßnahmen zum weltweiten Schutz von Meinungs- und Pressefreiheit

In fast zwei Dritteln aller Länder weltweit ist die Pressefreiheit zum Teil akut bedroht. Davon betroffen sind Journalisten aller Mediengattungen, von den konventionellen Printmedien bis zu den neuesten Internetanwendungen.

Verschiedene Akteure widmen sich dem weltweiten Schutz von Meinungs- und Pressefreiheit. Zahlreiche Jahrestage, Preise, Konferenzen und Publikationen rufen der Öffentlichkeit diese Rechte in Erinnerung.

- > Weltweit setzen sich **zivilgesellschaftliche Organisationen** für Meinungs- und Pressefreiheit ein, unter anderem das Committee to Protect Journalists, Freedom House und Reporter ohne Grenzen. Sie dokumentieren Menschenrechtsverletzungen, stellen Forderungen und helfen Journalisten und deren Angehörigen. Dabei arbeiten sie auch mit Organisationen wie der UN, der EU oder der OSZE zusammen.
- > Der **UN-Menschenrechtsrat** ist eine **zwischenstaatliche Kooperation** und setzt sich weltweit für Meinungs- und Pressefreiheit ein.
- > Der **UN-Sicherheitsrat** hebt in seiner Resolution 1738 von 2006 das Schutzbedürfnis von Journalisten und anderen Medienmitarbeitern in bewaffneten Konflikten hervor. Er unterstreicht ihren Status als Zivilisten, deren besondere Rechte und Unabhängigkeit geschützt und respektiert werden müssen.
- > Die **Charta zur Sicherheit von Journalisten** enthält Grundsätze für Journalisten, um deren Risiko in Kriegs- und Krisengebieten zu mindern. Dazu gehört auch die finanzielle Absicherung von Journalisten bzw. ihrer Angehörigen im Fall von Verletzungen oder Tod.
- > Verschiedene **Jahrestage** schaffen in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die Bedeutung der Pressefreiheit und den Schutz ihrer Protagonisten. Seit 1993 ist der 3. Mai der Internationale Tag der Pressefreiheit. Der World Information Society Day erinnert am 17. Mai an die Vision des World Summit on Information Society: gleicher Zugang zu Bildung, Meinungsfreiheit, universaler Zugang zu Informationen und Wissen sowie Respekt für kulturelle und sprachliche Vielfalt.

- > Eine Gruppe von acht EU-Parlamentariern hat im Juli 2008 einen Entwurf für einen **EU Global Online Freedom Act** vorgelegt. Damit wollen die Abgeordneten den Kampf gegen die internationale Internet-Zensur aufnehmen. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehört, jedes Jahr eine "schwarze Liste" von Ländern zu erstellen, die das Internet zensieren.
- > Verschiedene **Auszeichnungen und Preise** würdigen Vorreiter im Einsatz für die Pressefreiheit: Dazu zählen unter anderem der Free Media Pioneer Award des International Press Institute, der International Press Freedom Award der Organisation 'Canadian Journalists for Free Expression', der Menschenrechtspreis von Reporter ohne Grenzen sowie der Siebenpfeiffer-Preis, mit dem die gleichnamige Stiftung engagierte Journalisten auszeichnet.
- > **Internationale Konferenzen**, wie der World Summit on the Information Society, geben der Pressefreiheit eine Stimme. Redner auf dem Weltkongress am 8. Juni 2009 ist unter anderem Dr. h.c. Joschka Fischer.
- > Wichtige **Publikationen** zum Thema Pressefreiheit sind beispielsweise das Handbuch für Journalisten und das Handbuch für Cyber-Dissidenten von Reporter ohne Grenzen.

Die aufgeführten Maßnahmen tragen dazu bei, die Meinungs- und Pressefreiheit zu stärken. Dennoch besteht weiter Handlungsbedarf, insbesondere vor dem Hintergrund der "Globalisierung der Medienkommunikation". Zahlreiche Vorschläge zur weltweiten Stärkung der Pressefreiheit liegen bereits vor. Ihre Beachtung und Umsetzung sollten vorangetrieben werden.

4. Empfehlungen zur weltweiten Stärkung der Pressefreiheit

- > **(Meinungs-)Bildung ermöglichen:** Ein Mindestmaß an Bildung ist Voraussetzung für einen kritischen Umgang mit Informationen. Deshalb gilt es, weltweit die Anstrengungen zu verstärken, um allen Menschen Zugang zu Bildung zu ermöglichen
- > **Gültigkeit von Gesetzen und Selbstverpflichtungen auf neue Medien ausdehnen:** Die technischen Neuerungen der vergangenen Jahre sollten in Gesetzestexten und internationalen Abkommen zur Pressefreiheit stärkere Berücksichtigung finden
- > **Technische Möglichkeiten zur öffentlichen Darstellung von Zensur nutzen:** Die Harvard-Universität arbeitet etwa in ihrem Projekt "Herdict" daran, weltweit darzustellen, wo und wann Internetseiten zensiert werden
- > **Freie Berichterstattung über kriegerische Konflikte sicherstellen:** Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, umfassend und unbeeinflusst informiert zu werden
- > **Gefährdete Journalisten und ihre Angehörigen verstärkt unterstützen:** Eine umfassende Vorsorge und Betreuung sowie ein Absicherung für Notfälle erleichtern Journalisten eine mutige und unabhängige Berichterstattung

Quellenverzeichnis und weiterführende Links

- > ARTICLE 19 (2007): The State of Freedom of Expression – An Historical Perspective
- > Arte – TV (2008): Interview mit Jean-François Julliard, Generalsekretär von "Reporter ohne Grenzen"
- > Bildungszentrale für Politische Bildung: www.bpb.de
- > Bund Deutscher Zeitungsverleger: www.bdzv.de
- > Cicero (2/2009): Warum lasst ihr euch das bieten? Die Medienkrise als Sinnkrise
- > Cicero (2/2009): Für eine Handvoll Dollar – Zukunftsmodell für den Journalismus?
- > Committee to Protect Journalists: Prison census 2008
- > Deutscher Journalistenverband (2009): Berufsbild Journalistin – Journalist
- > Deutscher Fach-Journalistenverband: www.dfjv.de
- > Deutscher Presserat: www.presserat.de
- > Deutscher Presse Verband: www.dpv.org
- > Dynamic Coalition on Freedom of Expression and Freedom of the Media on the Internet: www.foeonline.wordpress.com
- > Freedom Forum (1999): Protecting Journalists in Conflict Areas
- > Freedom House: Press Freedom Survey 2008
- > General-Anzeiger, Bonn (03.06.2008): Rote Linie für die Presse
- > International Campaign for Human Rights in Iran: www.iranhumanrights.org
- > International Federation of Journalists: www.ifj.org
- > International Freedom of Expression eXchange: www.ifex.org
- > Internationale Medienhilfe: www.imh-deutschland.de
- > International Press Institute: World Press Freedom Review 2008
- > International Telecommunication Union: www.itu.int
- > Internet Governance Forum: www.intgovforum.org

- > Journalisten ohne Grenzen e.V.: Charta zur Sicherheit von Journalisten
- > Köhler, Oliver (2009): Der Krieg im Gaza-Streifen und sein mediales Echo
- > OSCE (2007): Governing the Internet
- > Open Net Initiative: www.opennet.net
- > United Nations (1948): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
- > UNESCO (2007): New Media – The Press Freedom Dimension
- > Reporters without Borders (2009): Israel / Gaza – Operation "Cast Lead": News Control as Military Objective
- > Reporter without Borders (2008): Handbook for Journalists
- > Reporter without Borders (2005): Handbook for bloggers and cyber-dissidents
- > Reporters without Borders: Annual Report 2006, 2007, 2008
- > Reporters without Borders: Press Freedom Index 2006, 2007, 2006
- > SPIEGEL (3/2009): Pressefreiheit – Bruchstücke des Leids
- > Sponsel, Rudolf (DAS): Das Embedded Syndrom. Oder: vom Verlust der Objektivität durch Embedded Journalism
- > Standard (18.02.2009): Größte Gefahr ist sanfte Zensur
- > Süddeutsche Zeitung (22.11.2008): Die Reisen des Monsieur Julliard – Kampagnen der Pressefreiheit
- > World Association of Newspapers – Press Freedom Round Table (2008): Offending, Shocking, Disturbing – A Free Press Right?
- > World Bank Institute (2008): Study – Broadcasting, Voice and Accountability
- > WSIS Executive Secretariat (2003): World Summit on the Information Society – Declaration of Principles
- > Presserecherche: BBC, FAZ, Focus, New York Times, TAZ, Die ZEIT u.a.

Impressum

Herausgeber:

ROLAND BERGER STIFTUNG

Mies-van-der-Rohe-Str. 6

80807 München

Deutschland

Fon +49 89 3213-9500

Fax +49 89 5499-9500

www.rolandbergerstiftung.org

info@rolandbergerstiftung.org

Ansprechpartner:

Marie-Louise Kapp

Joachim Knodt

© Roland Berger Stiftung